

Quartiersentwicklung als gemeinsame Herausforderung

IKG und DW Dortmund und Lünen bringen Kirche und Politik ins Gespräch



Sprachen über Gemeinde- und Gemeinwesenorientierung (v.l.): U. Steinmann (stellvertr. Bezirksbürgermeister), H. Schiblitzy (Kabarettistin), U. Schütte-Haermeyer (Diakonie Dortmund), Martina Hoffmann-Badache (Staatssekretärin), K. Breyer (IKG), A. Henz (Vizepräsident EKvW), C. Nagel (DOGEWO21), Dr. Daniela Grobe (Referatsleiterin Altersgerechte Quartiersentwicklung im MGEPA), Volker Ruiters (DOGEWO21), Dr. T. Weckelmann (kirchl. Beauftragter bei der Landesregierung), Ulrich Otto-Lange (Ehrenamtlicher Vormund). Foto: DOGEWO21

Das Institut für Kirche und Gesellschaft (IKG) der Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW) und das Diakonische Werk Dortmund und Lünen hatten am Freitag (23. Januar) Gesprächspartner aus Politik und Kirche eingeladen, gemeinsam über „Quartiersentwicklung und Gemeinwesenorientierung“ nachzudenken. Zu den Teilnehmenden gehörten Staatssekretärin Martina Hoffmann-Badache, Dr. Thomas Weckelmann, Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Albert Henz, Theologischer Vizepräsident der EKvW, und Klaus Breyer, Leiter des IKG.

Gemeinde- oder Gemeinwesenorientierung – was steckt dahinter?

Landessozialpfarrerin Heike Hilgendiek weiß es: „Dieser aus der sozialen Arbeit stammende Ansatz bedeutet für uns, dass die Kirchengemeinde mit anderen etwas für andere macht. Dies setzt voraus, dass sich die Kirchengemeinde zum Stadtteil, zur Kommune, zur Schwesterkirche, zu ortsansässigen Vereinen und/oder anderen Akteuren im Lebens- und Gestaltungsraum öffnet.“ Diese Zusammenarbeit erfordere zwar ein Mehr an Arbeit und Koordination, biete aber gleichzeitig die große Chance, die notwendige „Passgenauigkeit der kirchlichen Arbeit weiterzuentwickeln“.

Vorgestellt wurden folgende Projekte: eine „Nachbarschaftsagentur“ (Kooperation zwischen der Dortmunder Gesellschaft für Wohnen mbH/DOGEWO21 und der Diakonie in Dortmund-Löttringhausen); das Flüchtlingsprojekt „DO IT!“ für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie das kirchliche Projekt „Straßen der Nachhaltigkeit“. Alle drei Projekte wollen zur Verbesserung der Lebensbedingungen in sozial benachteiligten Stadtteilen beizutragen.

Als Modellkommunen konnten die Städte Bochum, Gelsenkirchen und Herne gewonnen werden. Die Ausgangslagen in jeweils einem Quartier werden – unter Berücksichtigung der Wünsche und Bedürfnisse von Anwohnern und Kommunen – umfassend analysiert, und ein Handlungsprogramm zur nachhaltigen Quartiersentwicklung entsteht. Mit konkreten, umsetzbaren Zielen und Maßnahmen. Durch einen Verbund von Bewohnerinnen und Bewohnern im Quartier, zivilgesellschaftlichen Initiativen, Kirchengemeinden und diakonischen Einrichtungen, Kommunalpolitik- und -verwaltung sollen dauerhafte Verbesserungsprozesse eingeleitet werden.